

2023-09-14 Vortrag in Bremen

Deutschlands wertegeleitete Außenpolitik (Abkürzung: wgA)

Zusammenfassende Argumente

Im Koalitionsvertrag der Ampelkoalition steht, dass Deutschland eine wertegeleitete Außenpolitik betreibt.

Außenpolitik ist die Sphäre der Politik, wo die Staaten ganz unter sich sind und sich mit ihresgleichen auseinandersetzen: Handelsrechte voneinander verlangen, Investitionsschutz, Eigentumsschutz etc.

Auch härtere Fragen angehen: Wie lange sie Bedingungen dafür sehen, dass man einen friedlichen Staatenverkehr miteinander weiterführt, wo sie aber auch über Krieg miteinander Politik betreiben.

Also die Sphäre der Politik, wo **es um die Auseinandersetzung von Staatsgewalt zu Staatsgewalt geht**.

Wenn der deutsche Staat Außenpolitik wertegeleitet betreibt, soll man das so verstehen, dass sich **Deutschland dabei von über ihm stehenden Werten leiten lässt**, denen es verpflichtet ist. Was die deutsche Bundesregierung verlangt, kann **also unbedingte Zustimmung** verlangen, denn wer will schon gegen Werte verstoßen.

Die erste Leistung der wgA besteht also darin, dass sich **die Menschen in Deutschland**, die in dieser Sphäre der zwischenstaatlichen Politik nichts zu melden haben, **mit dieser Politik zu einem „Wir“** mit der Außenpolitikerin **zusammenschließen**: „Wir machen das wertegeleitet.“

Kritik der politischen Öffentlichkeit:

(1) Inkonsequent: ‚Sie sagen Werte und folgen bloß ihren Interessen!‘

(2) Die andere Kritik, aus der Welt der FAZ: ‚Geht in dieser Wertegerede nicht unter, worum es uns gerade in der Außenpolitik unbedingt gehen müsste, um unsere nationalen Interessen?‘

Dazu die außenpolitische Klarstellung: Wir vergessen unsere Interessen nicht, dabei geht es um ein ausgewogenes Verhältnis von wertegeleitet und interessengeleitet.

Viele sagen, die Politik kümmert sich gar nicht um Werte.

Habeck aber fährt nach Katar, um dort für Deutschland Flüssiggas zu organisieren, damit Deutschland seinen Wirtschaftskrieg gegen Russland durchstehen kann. Er lässt es sich nicht nehmen, auch einem solchen Staat gegenüber, von dem er dieses Gas haben will, zu sagen, wir nehmen uns den Vorbehalt gegen diesen Staat heraus, dass er zu denen gehört, die uns vielleicht nicht passen. - Bsp Theater um die Fußball Weltmeisterschaft: eine große Volkserziehungskampagne, dass uns manchmal Staaten gar nicht passen können.

Dabei ist eigentlich nie das Thema, welche Werte die Leitung der deutschen Außenpolitik innehaben soll, viel wichtiger ist, dass sie überhaupt wertegeleitet ist.

Gegensätzliche Bestimmungen

(1) „Das sind unsere Werte.“

Der Zusammenschluss zwischen der Außenpolitik und dem Volk in einer nationalen Identität:

Wir sind durch unsere Werte geleitet, die machen unsere nationale Identität aus, mit der wir in der Weltpolitik vorgehen.

(2) In eigentümlichen Kontrast dazu: „Diese Werte sind universell.“

Deutschland beansprucht gar nicht bloß für seine Werte unterwegs zu sein, sondern für die der ganzen Welt.

Die dagegen gesetzten „Interessen“ werden noch weniger konkret aufgezählt. Da würde es der normale Mensch auch schwer haben, dazu „unsere Interessen“ zu sagen: Interesse an ‚Lithium aus Bolivien‘? ‚Doppelbesteuerungsabkommen mit Belgien‘?

Das nationale Wir – Der Zusammenschluss mit dem Staat

Die zwischenstaatlichen Beziehungen, die da aufgebaut waren und jetzt zerstört werden, **sind nichts, was die normalen Menschen angeht**. Aber man soll sich mit dieser Richtungsvorgabe der Außenpolitik kurzschließen, als wäre es die eigene Sache über dieses Attribut „unsere Interessen“.

Außenpolitik wird von denen, die sie machen, als Spannungsverhältnis besprochen. Sie beteuern, dass sie es schwer haben, dieses Spannungsverhältnis auszutarieren. Robert Habeck: „Würden wir nur noch mit Staaten Handel treiben, die uns hundertprozentig passen, wären wir schnell alleine auf der Welt.“

Urteil über andere Staaten

In der wertegeliteten Außenpolitik **nimmt sich ein Staat wie Deutschland beim Verkehr mit den anderen Staaten das Urteil heraus**, und verfolgt es, dass **uns dieser Staat grundsätzlich nicht passt**.

Vorgehensweise der wgA

Die wertegeliteten Urteile über andere Staaten **zitieren menschliche Opfer**, Leute, die Not leiden, die von staatlichen Organen schikaniert werden, die im Gefängnis sitzen. (Bei Annalena Baerbock müssen immer Kinder dabei sein, dann ist das Herz erreicht.)

Dieses Anklagen von menschlichen Opfern in anderen Staaten **dient erkennbar gar nicht den Opfern**, was machen wir, damit es denen besser geht. **Es dient der Anklage bzw. Diskreditierung des anderen Staats**. Dem heftet man das Urteil an, dass mit ihm etwas nicht stimmt und er nicht unseren Werten entspricht, weil er **korrektes Regieren unterlässt**.

Das ist sachlich betrachtet **ein logischer Unsinn**, aber ein sehr zielstrebiges.

Wenn man Staaten dabei erwischt, dass sie mit ihrer Gesetzesgewalt und ihren Behörden die Bürger ihres Staates in den Knast stecken oder sonst wie drangsaliieren, dann muss **der Staat einen politischen Zweck damit verfolgen**, also etwas positiv in seinem Land erzwingen wollen, z B den Gehorsam einer Vorschrift, die er für sein Staatswesen für nötig und für seine Gesellschaft für nützlich hält.

Für welche staatlichen Zielsetzungen diese Staaten ihren Gewaltapparat in Bewegung setzen, ermittelt man korrekterweise damit, dass man **die in der Raison dieser Staaten liegende Notwendigkeit** ihrer Grobheiten der Bevölkerung gegenüber untersucht.

Aber wertegelitete Außenpolitik **verurteilt** Staaten: Die hätten keinen anderen Zweck als **Herrschaft um ihrer selbst willen: Autokratien**, beherrscht von Autokraten: Staaten mit der Abwesenheit jeder korrekten Zielsetzung. Die Anwendung von Gewalt um der Gewalt willen wird zu ihrer Eigenschaft gemacht und sie durch die Abwesenheit von wertegeliteter

Politik charakterisiert, die man sich selber zuschreibt. **Unsinniges Urteil:** Abwesenheit von korrektem Regieren erzeugt Gewalt.

Das Gegenstück zu diesem Vorwurf:

Staaten wie Deutschland sprechen sich selbst zu, ihre **politische Gewalt nur für Werte anzuwenden. Aber es werden keine Staatsziele genannt.** Nicht: Wir sind ein Staat, der den Kapitalismus voranbringen und Wachstum erzeugen will. **Sie loben sich dafür, dass ihre gesamte staatliche Gewaltpotenz und deren Organe im Dienst stehen, um das Gute zu tun.**

Wie ist das Gute, was sind die höheren Werte, in deren Namen Deutschland u a Staaten Politik machen? - Die Menschenrechte!

Das erste Menschenrecht ist die **Freiheit**. Die gewährt so eine wertegeleitete Demokratie wie Deutschland. Denkt man aber an die Inhalte der Freiheit?

a) Die Freiheit, für sich selber zu sorgen. Wie man das macht, ist festgelegt: Ein Auskommen hat man, wenn man **Geld verdient**.

Eine andere Freiheit, die der Staat auch gewährt: Die **Freiheit von Unternehmern zu kalkulieren**, welche Arbeitsplätze sie überhaupt zum Geldverdienen schaffen und diese Arbeitsplätze so zu kalkulieren, dass ihre Rechnung aufgeht.

(b) Freiheit das **Geld**, das man verdient, **selbst einzuteilen, zu entscheiden, was man sich davon leisten muss und (nicht) leisten kann.**

Aber: diese **Freiheit in einem Markt** mit dem **Freiheitsrecht von Kaufleuten**, die Preise für alles Nötige so kalkulieren, so dass bei ihnen die Gewinnrechnung aufgeht.

(c) **Wohnsitz frei wählen**. Aber eine Wohnung finden ist nicht so einfach.

Weil die **Freiheit von Eigentümern an Boden und Wohnungen**, die Wohnungen nur zum Mieten und zum Verkauf anbieten, wenn bei ihnen die Kasse stimmt.

Schluss daraus:

Würde man also an den Inhalt der Freiheiten denken, würde sich daraus gar nicht ergeben, dass man es gut getroffen hat, in einem Land zu leben, das einem diese Freiheiten gewährt. Dafür wird die **Abstraktion von jedem Inhalt verlangt**.

In Abgrenzung von den Autokraten wird der wertmäßige Zusammenschluss verlangt und die Zustimmung gemäß der Abwesenheitslogik: „Diese Freiheiten gewährt mir der Staat. Stell dir mal vor, das würde er nicht tun.“

Staaten, die ihre Politik die Anerkennung als „wertegeleitet“ beanspruchen, bedienen sich einer grundsätzlichen oder prinzipiellen Legitimation ihrer Staatsgewalt und deren Gebrauch in der Formel „für die Menschenrechte“: **Sie verlangen die Zustimmung dazu, dass sie mit ihrer Staatsgewalt dafür da sind, dem Menschen zu dem zu verhelfen, was er ist und dass der sich verwirklichen kann.**

Zurück zur **Außenpolitik**

Staaten rechtfertigen sich, dass sie **zum Zweck haben, dass der Mensch Mensch sein kann. Widerspruch: Dafür** braucht es Staaten mit einem riesigen **Gewaltapparat?!**

(Dem Menschsein kann man gar nicht entkommen. Das ist man.)

Aber diese Selbstlegitimation enthält **den weltweiten Anspruch der Zuständigkeit** ihrer Staatsgewalt nicht nur für das Heimatvolk, sondern eigentlich für die ganze Menschheit, damit überall auf der Welt Menschen Menschen sein können.

Zwischenfazit:

(1) Mit dieser von den Menschenrechten bzw. von Werten geleiteten Politik sagt man anderen Staaten nach, sie hätten kein Ziel, sondern sie seien bloß böse Gewalt.

(2) Sich selber lobt man als bloß dafür gewählt, dass die Menschen Menschen sein können.

Zusammenschluss: In dem, wofür man sich selbst lobt, liegt der **Auftrag zur Übergriffigkeit.**

Man ist dazu **verpflichtet** nicht nur bei sich **nach dem Rechten zu sehen, sondern in der ganzen Staatenwelt.**

(Annalena Baerbock und ihr Ministerium schreiben: ‚Das Grundgesetz garantiert nicht nur die Menschenrechte in Deutschland, sondern verpflichtet uns, uns auf der ganzen Welt für den Schutz der Würde und der Grundfreiheiten der Menschen einzusetzen.‘)

(Viele Beispiele: Afghanistan, eine islamische Taliban-Diktatur: verfolgte Grundschullehrerinnen, verschleierte Mädchen. Wenn den Menschen so übel mitgespielt wird, dann muss man ihnen doch Tür und Tor öffnen, dass sie aus diesem Land abhauen und zu uns ins Menschenrechtsparadies kommen können. Von wegen. Die neue Asylregelung in Europa mit der das Abschottungsregimes auch und gerade gegen die aus Afghanistan verschärft werden soll.)

Die menschlichen Opfer werden zitiert, um anderen Staaten gegenüber ein neues Verhältnis aufzumachen.

Solche Vorwürfe im zwischenstaatlichen Verkehr sind keine außenpolitische Beschwerde Deutschlands über einen Nutzen, der Deutschland nicht zu günstigen Bedingungen im zwischenstaatlichen Verkehr eingeräumt wird und den es erpressen will.

Wenn anderen Staaten angelastet wird, dass bei ihnen kein menschenrechtskonformes Regieren vorliegt, dann **wird der andere Staat als solcher in Frage gestellt, sein Recht über sein Land und sein Volk zu regieren.** Das ist **ein Einwand gegen das Heiligste eines jeden Staates: Die Souveränität.**

Wertegeleitete Außenpolitik macht Vorbehalte gegen die Anerkennungswürdigkeit bzw. Souveränität anderer Staaten geltend. Eine Staatsmacht wie Deutschland trägt Zweifel und Einwände gegen Staaten wie Iran, Russland, China vor, bezeichnet sie als nicht menschenrechtsgemäß regierende Staaten und bestreitet, dass das legitime Verhältnisse zwischen Regierung und Volk sind.

Für sich beansprucht der Deutsche Staat ein solches Verhältnis unbedingt, wenn er auf das GG verweist, **sich auf und den völkerrechtlichen Grundsatz der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten beruft.** Anderen Staaten gegenüber respektiert er das nicht. Denen gegenüber erklärt er sein höchstes wertgeleitetes Recht, sich in die Herrschaftsverhältnisse des anderen Staates mit dem Einwand einzumischen, dass die eigentlich nicht legitimiert seien.

Zwischenfazit:

Mit dem In-Zweifel-Ziehen der Herrschaft eines anderen Staates nimmt sich Deutschland heraus, **ein elementares Prinzip des modernen Staatenverkehrs der Nachkriegsordnung mit einem Vorbehalt zu versehen: Den Grundsatz der Anerkennung** im Staatenverkehr, der unter Oberaufsicht der Amerikaner nach dem Zweiten Weltkrieg durchgesetzt wurde: Die staatlichen Gewalten respektieren einander als die einzigen souveränen Gewalten in ihren Ländern. **Das tun sie, weil sie etwas voneinander wollen.**

Sie anerkennen ihre Souveränität dafür, dass man mit ihrem Willen und Zutun im anderen Land das benutzen kann, was die Nation dort für ihren Erfolg als nützlich erachtet.

Bsp: Habeck fährt nach Katar, verbeugt sich vor dem obersten Chef, wie es sich in der Diplomatie gehört, weil er das Gas haben will, mit dem er dann den Wirtschaftskrieg gegen Russland führen kann, und lanciert gleichzeitig den Vorwurf, ob dieser Scheich eigentlich menschenrechtskonform bei sich regiert. Damit nimmt sich Deutschland einen Vorbehalt gegen die Anerkennung des anderen Staates heraus.

Ein Staat wie Deutschland nimmt sich damit heraus, anderen Staaten gegenüber zugleich als befugter **Ankläger, als Richter zur Anklage „Menschenrechtswidrig, unkorrektes Regieren“ und auch Vollstrecker über die Zulässigkeit auswärtiger Herrschaft** aufzutreten.

Irrtum unter Leuten in ihrer zustimmenden Haltung zur menschenrechtsgeleiteten Außenpolitik mit der Kritik: „Inkonsequenz“ (bzw. Doppelmoral): ‚Was sie bei Afghanistan kritisieren, lassen sie in Saudi Arabien durchgehen.‘ Diese Kritik sympathisiert mit einer Außenpolitik vom Standpunkt der menschlichen Anteilnahme und übersieht, dass Außenpolitik von einem staatlichen Subjekt gemacht wird, das sich diese dreifache Rolle genehmigt.

Wer beansprucht, über die Legitimität anderer Herrschaften zu befinden, der **beansprucht zugleich, dass er auch die allein entscheidende und frei urteilende souveräne Instanz ist**. Diese Politik lässt sich nicht von etwas, was über ihr steht, ihre Entscheidung diktieren, wo sie einen Staat inkriminieren will und wo nicht. Das fällt ganz in ihre Kompetenz. Wie hart so ein Vorwurf gegen einen anderen Staat dosiert wird, mit welchen Maßnahmen er verknüpft wird, das fällt alles in das souveräne Entscheidungsrecht der Staatsgewalt, die sich diese Rolle als ihr Recht gibt.

Das Kriterium für die Verurteilung anderer Staaten

Es gehört zu der Ethik der wgA, dass immer auf Opfer gezeigt wird, um von dem Staat zu verlangen, dass er sich dem eigenen Urteil beugt. Dass die Opfer nicht das Kriterium sind, merkt man schnell, wenn man sich auf dem Globus umsieht und überall und massenhaft Elend und Hunger entdeckt, Bürgerkriege geführt werden, dass Millionen als Flüchtlinge unterwegs sind. Wenn dann Annalena Baerbock meint, von solchen Gräueln können wir nicht mehr wegsehen, fällt vielen die Selbstbezüglichkeit auf, wo wir es uns schuldig sind, nicht wegzusehen. Aber dann wird gar nicht hingeschaut, sondern eine grundsätzliche Kritik an dem Staat formuliert.

Wonach entscheidet deutsche Politik bei ihrem Urteil und verschlechtert die Beziehungen zu diesem Staat, verhängt Sanktionen, verschlechtert sogar gut laufende Beziehungen unter Inkaufnahme der Zerstörung laufender Geschäfte?

Weil man mit seinem Auftreten als Staat Deutschland gegenüber unzufrieden ist, weil man an ihm eine nicht länger hinzunehmende Eigenmächtigkeit, eine aus der Ordnung herausfallende Sorte von Staat zu machen, nicht länger hinnehmen will. So gesehen erfüllt das Zitieren von Opfern den Tatbestand des Zynismus. Die dürfen mit ihrem Elend die Würze abgeben für die Schärfe des Urteils gegen die andere Herrschaft.

Menschenrechtliche Vorschriften diktieren dem deutschen oder amerikanischen Staat nicht, sich mit einem anderen Staat in so einen Konflikt zu begeben. Es ist umgekehrt: **Wo einem Staat wie Deutschland oder Amerika ein anderer Staat wegen seiner Eigenmächtigkeit nicht passt, da spricht er ihm das menschenrechtskonforme Regieren schön dosiert ab.**

Dazu passt dieses menschenrechtliche Argumentieren, weil es gar nichts anderes zum Inhalt hat, als die Berechtigung des Regierens dieses Staates über sein Volk und sein Territorium in Frage zu stellen.

*

Einwand/Nachfrage:

Ist Deutschland nicht mit seinen Interessen den USA zu Diensten?

Antwort:

Annalena Baerbock hat in ihrer imperialistischen Überheblichkeit echt schneid. Unserem wichtigsten Bündnispartner, mit dem wir gerade im Krieg gegen Russland sind, sagt sie:

„Wie ihr hier mit der

Abtreibung umgeht, das finde ich jetzt nicht gerade toll und wenn ich mir die vielen toten Kinder angucke, die immer auf amerikanischen Schulhöfen entstehen...“ (Annalena Baerbock braucht immer tote Kinder.)

Der machtpolitische Inhalt dieser kleinen Affäre ist der, dass die deutsche Außenpolitik das Bedürfnis hat, gerade in der jetzigen Situation eines quasi Kriegsverbündnisses mit den USA, wo klar ist, wer ansagt und wer erfüllt, zu lancieren, dass sich Deutschland nicht einfach unterordnet: „Wir nehmen uns auch sogar euch gegenüber heraus, was wir uns sowieso in der ganzen Welt anmaßen. Wir gehören zu den Staaten, die sich die Befugnis erteilen und wahrnehmen, bei anderen Staaten nach dem Rechten zu sehen. Zwar ganz freundschaftlich gesagt, aber doch zu bedenken geben.“

Deutschland besteht auf der beanspruchten Rolle, eine Ordnungsmacht in der Staatenwelt zu sein, die überall nach dem Rechten schaut und Ansagen macht, was nach ihrem Entschluss bei anderen angesagt ist. Und das eindeutige Unterordnungsverhältnis, das es im Westen derzeit gibt, hat offenbar in der deutschen Politik den Bedarf produziert, zu sagen, wir ordnen uns nicht einfach Amerika unter, sondern wir sind ein Staat vom gleichen Rang wie Amerika.

Leuten, die sich von dem Antrag die deutsche Politik als menschenrechts- und wertegeleitet zu nehmen, einnehmen lassen und überall Inkonsistenzen entdecken. Das Faktum lässt sich nicht bestreiten, dass dieselbe Politik die Todesstrafe in Iran als Beweis für die Unerträglichkeit der dortigen Regierung zitiert und das in den USA nicht tut. Die dann den Vorwurf erheben: „Unsere deutsche Regierung ist eine Flasche.“

„Opportunismus“ bzw. „Flasche“ ist ein schlechter Vorwurf gegen eine Regierung.

Vielmehr kann man studieren, dass die Rolle eines Staates wie Deutschland als Richter über anderen Staaten zu stehen, die Freiheit einschließt, auf sich selbst die Maßstäbe zu nehmen, wo er meint, da ist mal etwas fällig.

Bsp. Sahelzone – Etliche Militärputsche, zuletzt in Niger

Über die Gründe wird man nicht bekannt gemacht, nur, dass das nicht hinnehmbare Verhältnisse sind.

Nicht: Was hat der Präsident des Niger für eine Politik gemacht und was hat der neue vor?

Das Argument der Verweigerung der Anerkennung heißt: Der andere war gewählt. Das ist die Methodik des Einwands.

Was die wgA-Staaten unerträglich finden, ist, dass Niger die Europäer als Soldaten nicht mehr haben will, sondern aus dem Land rausschmeißt. Mit so einer Regierung will man sich nicht ins Benehmen setzen und sie anerkennen. Aber die Sprachregelung heißt, die haben einen gewählten Präsidenten abgesetzt, das ist Inkongruentes regieren. Dann kriegt man auch mal mitgeteilt, was das für Wahlen waren, was das für ein Präsident war. Das ist dann sehr lustig, aber es spielt keine Rolle für das offizielle Urteil.

Ergänzung:

Apropos Legitimation der gewählten Regierung. Es gibt ja auch Regierungen, die gewählt wurden, die Deutschland überhaupt nicht anerkennt.

Antwort:

Das liegt auch nicht am Verfahren, Das Verfahren ist das Argument.

Das ist das sehr grundsätzliche Urteil, mit der Regierung wollen wir nicht.

Das Urteil, ob dieser Staat anerkennungswürdig und insofern weiter geschäftsfähig ist, liegt nicht am Verfahren. Es hat in dem Fall Niger zum Grund, weil Niger nicht mehr

Aufmarschbasis für

deutsche Truppen in der Sahel Zone bleiben will.

Deutschland zieht daraus den Schluss: Mit dem ganzen Staat stimmt etwas nicht, mit dem kann man nicht verkehren. „Wahlen“ sind nicht bloß das vorgeschobene, sondern auf der Werteebene auch das passende Argument, weil es sagt, da stimmt überhaupt die Art und Weise zu regieren nicht.

Das ist die Substanz des Vorwurfs: Der Staat hält sich nicht an die universell gültigen Regeln.

Wo der Vorwurf unterwegs ist macht die Politik den Übergang vom Einzelstreit zum Prinzipienstreit der Anerkennungsfrage.

Ergänzung :

Der Verstoß gegen die Prinzipien der Weltordnung nach 1945, die Anerkennung der Souveränität. Die Lizenz dazu kam von den USA. Mir kommt es so vor, als sage Deutschland an der Stelle, es gehöre auch in die Gruppe der Staaten, die sagt, wer darf etwas und wer nicht.

Antwort:

So war es auch gemeint. Auch diese Anerkennungsordnung der Welt ist nichts, was über den Staaten steht. Diese Ordnung ist genau das, was die Staaten gewaltmäÙig aufrechterhalten wollen.

Deutschland nimmt sich gegenüber diesem amerikanisch organisierten Prinzip das Recht auf Vorbehalte heraus. Wenn man sagt, der Staat gehört nicht anerkannt, wirft man das Anerkennungsprinzip nicht weg, sondern erklärt sich zu der Instanz, die darüber entscheidet, wer darunter fällt und wer nicht.

*

Die Universalität der Werte

Das Argument mit dem Verstoß gegen die Universalität der Menschenrechte taugt dazu, dass sie **zugleich mit ihrem Unrechtsurteil über diesen Staat beanspruchen, dass es von der ganzen Staatenwelt geteilt wird.** Mit dem verlogenen wie passenden Argument im Namen einer doch für alle Staaten gültigen Ordnung zu urteilen, verlangt Deutschland von allen Staaten seinen Richtspruch zu übernehmen. Sein Urteil über andere Staaten hat die Regel in der Staatenwelt zu sein.

Zur grundlegenden Leitlinie Deutscher Außenpolitik ist der Fall Russland.

Baerbock reist um die Welt und legt jedem Staat die Frage vor, teilt ihr unser absolutes Unrechtsurteil über Russland oder wollt ihr auch so ein Staat sein, bei dem wir Zweifel kriegen müssen, ob ihr eigentlich ein legitimer weise regierender Staat seid? Das macht sie in jedem diplomatischen Format wie es auch Amerika macht.

Dieses **Zu-Werke-Gehen mit den Werten des Westens** ist die Position dieser Staaten, die sich als der Westen definieren. **Sie ermächtigen sich selbst und beanspruchen unter amerikanischer Führung**, aber, wie wir in dem kleinen Zwischenspiel entdeckt haben, mit viel Selbstbewusstsein der Geführten, dass sie solche **Mächte sind, die über den anderen Staaten als Ordnungsmächte stehen** und Urteile über die Zulässigkeit von deren Regentschaft fällen.

Dieser universale Geltungsanspruch solcher Urteile **hat seine solide Basis nicht in der Universalität dieser Werte, sondern in der Universalität der Macht dieser Staaten. Diese Staaten haben die wirtschaftliche Macht des einheitlich kapitalistisch bewirtschafteten Globus bei sich konzentriert.**

Die machen sie sich mit ihren Urteilen über nicht länger zu dulden Failed States auf der Welt nicht lächerlich, sondern **kündigen ihre Vollstreckung an**. Das ist die **Glaubwürdigkeitsbasis** der werteorientierten Außenpolitik. Das Unrechtsurteil ist die Ankündigung, die **Beziehungen** zu ihm zu **verschlechtern** und den Übergang ihm gegenüber vom normalen Erpressungsgeschäft zum schädigenden Erpressungsgeschäft einzuschlagen: **Sanktionen**.

Die Staaten des Westens konzentrieren die wirtschaftliche, politische und militärische Macht der Welt bei sich. Sie gebieten über einen **Kapitalismus, der die ganze Welt benutzt**, für den die Welt **entgrenzte Reichtumsquelle** ist. So ein Staat kann mehr Reichtum für sein Wachstum gebrauchen, als bei ihm selber zu Hause vorhanden ist und **aus dieser Benutzung der Welt ziehen diese Staaten die Konsequenz, dass sie sie dann aber auch unter Kontrolle haben müssen**, dass sie beim Ausnutzen der Welt sie gleichzeitig auch beaufsichtigen müssen.

In den Broschüren der Wertegeleiteten Außenpolitiker offenkundige Bemerkungen:

„Staaten, die menschenrechtskonform, demokratisch und rechtsstaatlich sind, sind auch stabil“.

Da wird nämlich offenbart, dass das Herantreten an die Staaten: „Macht das gefälligst nach unseren Regeln“ mit dem Zweck geschieht, dort Herrschaften vorzufinden, mit denen man einen nützlichen Durchgriff auf die dortigen Regionen hat, die ihr Land, mit Erfolg im Griff haben, so dass, wenn man dort etwas benutzen will, man einen zuverlässigen Durchgriff über diesen Staat auf dieses Land und dieses Volk hat.

Das ist schon die ganze Wahrheit über diese zu beaufsichtigenden Staaten: Sie müssen **nach unseren Verfahrensregeln regieren. Das ist die Chiffre für ‚zuverlässig und brauchbar regieren‘** dafür, was wir von diesen Landstrichen wollen. Der Status des Westens ist der Zusammenschluss dieser Staaten, die die ganze Welt von Staaten als Benutzungsobjekt behandeln und deswegen als Beaufsichtigungsobjekt beanspruchen.

Zusammenfassende Argumente

„Wertegeleitete Außenpolitik ist ein Schwindel.“

Falsch. Machtsubjekte wie Deutschland lassen sich nicht von etwas über ihnen Stehendem vorschreiben, wie sie sich entscheiden. Wenn ein Gewaltsubjekt aus eigener Entscheidung heraus **einem anderen Staat die Berechtigung des Regierens bestreitet, ist der Bezug auf Werte kein verlogenes, sondern passendes Argument**. Denn der Bezug auf verbindliche Werte bedeutet, dass das deutsche Urteil über den Staat von allen anzuerkennen ist. Deutschland glaubt nicht daran, dass sich andere Staaten wegen der Menschenrechte an

seine Seite stellen und Russland bekämpfen, sondern es weiß, dass andere Staaten das machen, weil sie von deutscher Ökonomie und Militärmacht abhängig sind. Aber **um den Geltungsanspruch vorzutragen, sind Werte, die von der Berechtigung des Regierens handeln, das passende Argumentationswesen.** Auf diese Art kündigen Staaten einander an, dass sie aus dem normalen Staatenverkehr einen Übergang machen und in Zweifel ziehen, ob man mit dem anderen Staat überhaupt so weitermachen kann.

Man soll nicht auf das Argument hereinfliegen und mit Baerbock die Staatenwelt danach begutachten, ob sie den Menschenrechten entspricht. Dann ist man mit allen Staaten der Welt unzufrieden, weiß aber gar nichts über sie.

Entgegnung:

Wo ist „Imperialismus mit bestem Gewissen“ in dem Vortrag? Den benutzt man doch im Zusammenhang mit Russland.

Antwort:

Mit Begriffen zu hantieren, die man nicht erklärt, ist nicht seriös. Aber zum **Imperialismus**, wie er ist, wurde viel gesagt: Es geht um **ein Staatenverhältnis, in dem eine Hand voll von Staaten den ganzen Globus für ihr Wachstum und die daraus entspringende Macht benutzt** und damit bei anderen Staaten lauter **Abhängigkeitsverhältnisse schafft**.

Zweitens geben sie sich zu diesem Benutzungsverhältnis der Entgrenzung ihrer Reichtums- und Machtquellen das Recht – eine wichtige Kategorie, denn das ist die Art und Weise, wie sie ihre Interessen als Rechtsanspruch, hinter dem sie ihre Gewalt stellen, gültig machen – **weil sie die ganze Welt benutzen, weil sie Staaten anerkennen, um dort ihre Reichtums- und Machtquellen zu entgrenzen diese Staaten als Souveräne über ihr Land zu kontrollieren**, stellen sich über sie als Kontroll- und Ordnungsmacht und beanspruchen den Staaten Bescheid geben zu dürfen, wie es bei ihnen zuzugehen hat.

Drittens: „Gutes Gewissen“: bedeutet. Die Staaten veredeln ihre Übergriffigkeit der Machtpolitik über andere Staaten mit der Behauptung, dass seien sie den heiligen Menschenrechten gegenüber schuldig.

Mit bestem Gewissen beruft sich ein Staat wie Deutschland bei seiner Übergriffigkeit darauf, dass er bloß der Diener des Guten sei, dem doch keiner widersprechen kann.

Die Rolle Deutschlands

Einerseits stellt sich Deutschland also unter die Führung der USA. Die Deutsche Politik spielt eine Rolle in der Staatenwelt, der sie auf sich gestellt nicht gewachsen ist. Aber im Verbund mit dem freien Westen, als Bündnismacht G7 und als NATO, wird das kollektive Verurteilen und Bewerten der Staatenwelt organisiert.

Andererseits beansprucht Deutschland die Führung der USA als die Rückendeckung seiner imperialistischen Unverschämtheiten anderen Staaten gegenüber und arrangiert sich damit, dass es die nicht im Alleingang, sondern immer im Geleitzug mit den USA durchsetzt und dafür die NATO und die USA beansprucht.

Siehe Anekdote: Baerbock muss auch mal zwischendurch den Deutschen Bedarf erledigen, dass D nicht Vasall der USA ist, sondern Imperialismus auf Augenhöhe mit den USA betreibt und auch so eine Macht wie die USA ist.

Nachfrage:

„Ist es nicht so: 20 % der Welt konsumieren den Reichtum, den 80 % produziert haben.“

Antwort:

Wer konsumiert? Hier wird ein falsches Verhältnis aufgemacht.

Der Zugriff auf die Reichtumsquellen hat Subjekte:

Zuerst die Staaten, die gehen auf andere Staaten zu und dringen auf Öffnung des Staates als Markt.

Dann gilt grenzüberschreitend die Macht des Geldes, das bei ihnen beheimatet ist, und die hat nicht der Konsument, der den hungerleidenden Afrikanern die Hirse weg kauft, sondern die haben die Sachwalter des großen Geldes, **die Unternehmen**, die Kapitalgröße erreicht haben, sodass bei ihnen die Geldmacht vorliegt, auf den Reichtum anderer Länder zuzugreifen.

Deutschland anerkennt andere Staaten und macht zur **Bedingung zur Fortsetzung des Staatenverkehrs**, dass die sich **als Markt zu öffnen haben** – das ist die politische Tat: Handelsverträge etc.

Dann rückt die ökonomische Tat derer nach, die das Kommando über die kapitalistische Produktionsweise, das Ein- und Verkaufen und Produzieren haben: Die kapitalkräftigen Unternehmen.

Es gibt in Politikreisen und bei Geschäftemachern den lancierten Einwand: Deutsche Interessen – also die Unternehmerinteressen, die das Allgemeinwohl sind- werden untergraben, wenn staatliche Politik entscheidet, dass ein anderer Souverän nicht mehr tragbar ist und dann den **Übergang dazu macht, den Geschäftsnutzen aus dem Staatenverkehr in die 2. Reihe zu setzen. Politik geht sogar soweit, wenn sie einen Staat zum Feind zu erklärt, den Wirtschaftsverkehr komplett außer Kraft zu setzen und die Wirtschaftsbeziehungen zur Waffe der Politik und Schädigung des Staates zu erklären.**

Diesen zum **Gegensatz werdenden Unterschied zwischen den Zuständigen für den ökonomischen Nutzen und Zuständigen für die politische Macht ist in diesem System unvermeidlich**. Denn wenn die Politik auf der ganzen Welt sicherstellen will, dass **die Souveräne auf der Welt nur dann Anerkennung verdienen, wenn sie für jeden Benutzungsantrag ein offenstehendes Land sind, dann wächst ihr die Aufgabe zu, für das Recht an anderen Souveränen als Gewalt gerade zu stehen.**

Dann ist der Fortgang vom Benutzen zum Beaufsichtigen, Hineinregieren und Reglementieren eine unvermeidliche Sache: **Kapitalismus ist ohne Imperialismus nicht zu haben.**

Einwand:

Staaten unterscheiden sich doch nach Kampfbedingungen für die Arbeiterklasse. Das muss man doch bei einem Staat berücksichtigen und der Souveränität zu Gute halten.

Antwort:

Das ist ein trostloser Umstand und eine absurde Betrachtung: Die Staatsgewalten danach zu unterscheiden, wie gut man bei ihnen gegen sie sein kann.

Wenn sich Staaten unterscheiden, dann in der Frage des Erfolgs des Benutzens von Kapitalismus für die Bewirtschaftung eines ganzen Landes und Volkes als Quelle der politischen Macht.

Da gibt es diese Hand voll von kapitalistischen Erfolgsstaaten, die es dazu gebracht haben, mit ihrer Regierung des Landes ihre ganzen Völker für das kapitalistische Wachstum dienstbar zu machen, die dafür gesorgt haben, dass es in ihnen gar kein anderes Auskommen für die Leute gibt, als dass sie sich das Geld für ihr Auskommen bei einer Stelle des kapitalistischen Wachstums, bei Unternehmen, Dienstleistern oder Staat verdienen.

In diesen Staaten gibt es keine ,günstigen Bedingungen zur Gegenwehr der Arbeiterklasse', sondern ganz viel Bedarf der Gegenwehr der Arbeiterklasse! Da sind die Leute als freie Menschen zur Funktion degradiert, eine lohnabhängige Klasse zu sein und in dieser Funktion haben die Leute die Notwendigkeit, sich gegen die Konsequenzen dieses Auskommens zu wehren. Und das ist nicht einfach!

Unsinnig ist es, Staaten nach Güteklassen zu sortieren, wie leicht es die Arbeiterklasse hat, einen Aufstand gegen sie zu machen. Und die **Erfahrung zeigt: Leute, die davon überzeugt sind, sie hätten gute Bedingungen kritisch zu sein, sind die letzten, die einen Aufstand gegen den Staat machen wollen!**

„Der Freie Lohnarbeiter ist doch kein Fronarbeiter mehr. Insofern geht es ihm besser.“

Das ist ein **wissenschaftlicher Fehler**: Man **bestimmt die Rolle einer Klasse in einem System nicht durch den Vergleich mit einer anderen untergeordneten Klasse.**

Mit der Bedingungslogik unterschlägt man, dass die Arbeiterklasse die Revolution braucht. Wenn man einen Klassenkampf organisieren will und sich dann vom Standpunkt des Anliegens aus daran macht, zu schauen, wie man sein Anliegen durchsetzen kann und wie es um die Bedingung dafür steht, dann macht man das, um des eigenen Anliegens willen.